

Wildbader Anzeiger.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad
und zugleich Verkündigungsblatt des Kgl. Revieramts Wildbad.
Anzeige- und Unterhaltungsblatt für Wildbad und Umgebung.

Der „Wildbader Anzeiger“ erscheint wöchentlich dreimal und zwar „Montag, Mittwoch u. Samstag.“ Annoncen, die in hiesiger Stadt und Umgebung die größte Verbreitung finden, werden die kleinspaltige Garmond-Zeile oder deren Raum, mit à 8 Pfennig berechnet. Bei Wiederholungen Rabatt, stehende Annoncen und Abonnement nach Uebereinkunft. Der Abonnements-Preis beträgt in hiesiger Stadt vierteljähr. 90 Pfg. monatl. 30 Pfg. Durch die Post bezogen im Oberamtsbezirk vierteljähr. 1 M. 15 S außerhals des Bezirks 1 M. 35. Alle Postanstalten und Postboten nehmen Bestellungen an.

Nr. 64.

Samstag, den 4. Juni 1898.

15. Jahrg.

Amtliche und Privat-Anzeigen.

Bekanntmachung.

betreffend die Wählerliste zu der bevorstehenden Kirchengemeinderatswahl.
Im Hinblick auf die für den 19. Juni 1898 in Aussicht genommene Kirchengemeinderatswahl wird gemäß § 10 der Ministerial-Verfügung vom 21. März 1889 bekannt gegeben, daß die Wählerliste 8 Tage lang vom 5. bis 12. Juni einschließlich auf dem Rathause zur Einsicht öffentlich aufliegt.

Jeder, der eine Einsprache gegen die Wählerliste, sei es wegen Nichtaufnahme eines Wahlberechtigten, sei es wegen Aufnahme eines Nichtwahlberechtigten, zu machen hat, hat diese im Laufe der Auflegungsfrist bei dem Vorsitzenden des Kirchengemeinderats mündlich oder schriftlich anzubringen; Einsprachen, welche nach Anfluß der Frist angebracht würden, könnten für die bevorstehende Wahl nicht mehr berücksichtigt werden.

Wildbad, den 3. Juni 1898.

Die Wahlkommission:
Stadtpfarrer Auh. Stadtpfleger Kometsch.
Kirchenpfleger Gutbub.

Alle im Jahre

1878 geborene

werden zu einer Besprechung auf heute Samstag, abends 8 Uhr in die Krennbachbrauerei höchst eingeladen.

Mehrere 1878er.

Lehrlings-Beisuch.

Ein wohlherzogener Junge der das Werkzeugmachen gründlich zu erlernen wünscht, findet unter günstigen Bedingungen bei einem auswärtigen tüchtigen Meister Lehrstelle.

Näheres in der Expedition ds. Bl.

Süße und gestandene

Milch

ist fortwährend zu haben im Gasthof z. Sonne.

Neue

Malta-Kartoffel

empfeht

Ehr. Batt.

Wahl zum deutschen Reichstag.

VII. Wahlkreis 141 Wahlbezirk

bestehen aus: Wildbad mit Grünhütte, Hochwiese, Kleinenzhof, Lautenbof, Lebensägmühle, Kollwasser, Wadhof, Ziegelhütte, Ronnenmih, Kohlhäusle, Sprollenmühle, Sprollenhaus, Christophshof u. Kältermühle.

Es wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die

Wahl eines Abgeordneten zum deutschen Reichstag

am Donnerstag, den 16. Juni 1898

in dem hiezu bestimmten Wahllokal, dem Rathausaal im

Rathause zu Wildbad

stattfindet, daß die Wahlhandlung vormittags 10 Uhr beginnt, ununterbrochen bis nachmittags 6 Uhr dauert und mit dem Schlage 6 Uhr geschlossen wird.

Nur diejenigen sind zur Teilnahme an der Wahl berechtigt, welche in die Wählerliste aufgenommen sind.

Das Wahlrecht wird in Person durch verdeckte, in eine Wahlurne niederzulegende Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt. Die Stimmzettel müssen von weißem Papier und dürfen mit keinem äußeren Kennzeichen versehen sein.

Zum Wahlvorsteher ist ernannt: Stadtschultheiß Bägner hier, zum Stellvertreter desselben im Verhinderungsfall: Herr Stadtpfleger Kometsch hier.

Wildbad, den 3. Juni 1898.

Stadtschultheißenamt: Bägner.

Gegründet

1876.

SCHUTZ-MARKE

Schloss-Brunnen
Gerolstein

Gegründet

1876.

Natürliches Mineralwasser.

Tafelgetränk I. Ranges.

Aerztlicherseits bestens empfohlen bei chronischem Magencatarrh, Blasen- und Nierenleiden.

Aelteste Brunnenunternehmung des Bezirks Gerolstein.

Haupt-Niederlage:

General-Vertreter: Ant. Heinen, Pforzheim.

Niederlage für Wildbad: Emil Gaspar, Neuenbürg.

Die Direction: Gerolstein, Eifel, Rheinprovinz.

Wasserglas

empfeht

G. Lindenberger.

Eier-Nudeln

empfeht

Ehr. Batt.

Wahlaufruf!

Am 16. Juni hat das deutsche Volk seine Vertreter in den Reichstag neu zu wählen, die für die nächsten fünf Jahre zu entscheidender Mitarbeit an der Gesetzgebung des Reichs berufen sind. Wichtige Fragen werden den neuen Reichstag beschäftigen, deren Lösung wesentlich dadurch bedingt ist, welchen Männern das deutsche Volk sein Vertrauen zuwenden wird.

Sollen die Beratungen und Beschlüsse des deutschen Reichstags der Würde des Reichs und dem Willen des Volkes entsprechen, so müssen vor allem Männer gewählt werden, die einsehen, was dem Volk not thut, und den festen Willen haben, mit Wort und That für das einzutreten, was sie als notwendig und richtig erkannt haben. Die konservative Partei hat es sich zur Pflicht gemacht, nur solche Männer als Kandidaten aufzustellen, die Befähigt und gewillt sind, die Wünsche und Interessen der Wähler durch persönliches Erscheinen und eifrige Mitarbeit im Reichstage zur Geltung zu bringen.

Wir Konservative stehen auf dem Boden der christlichen Welt- und Lebensanschauung. Wir sind überzeugt, daß nur auf diesem Grunde wahre Gesittung, Freiheit und Gerechtigkeit gedeihen. Wir setzen allen Versuchen, die festen Grundlagen der Wohlfahrt unseres Volkes: Religion, Monarchie, Familie, anzutasten, entschlossenen Widerstand entgegen.

Wir treten ein für eine starke Monarchie, welche über den Parteien steht, und darum unabhängig von den oft einseitigen Forderungen einzelner Parteien stets das Wohl des Ganzen im Auge hat. Nur eine solche Monarchie vermag die schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Gegenwart einer befriedigenden Lösung entgegenzuführen und unparteiisch allen Volksklassen gerecht zu werden. Wir würden daher jeder Aenderung der Reichsverfassung zu Gunsten eines parlamentarischen Regiments unsere Zustimmung versagen. Auf der andern Seite treten wir aber ebenso energisch ein für die volle Wahrung der verfassungsmäßigen Volksrechte, die gesetzlich gesicherte bürgerliche Freiheit für alle und die Beteiligung des Volkes an der Gesetzgebung des Reichs. Insbesondere könnten wir uns mit einer Aenderung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts nicht einverstanden erklären.

Wir wollen, daß das deutsche Reich die ihm gebührende Machtstellung behaupte, und sehen in derselben die zuverlässigste Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens. Deshalb sind wir für ein starkes Heer und eine kriegstüchtige Flotte. Die zweijährige Dienstzeit soll beibehalten werden.

Die Zunahme der Bevölkerung Deutschlands macht es notwendig, daß neue Absatzgebiete für die deutschen Erzeugnisse gesucht und eigene Kolonien gegründet werden. Wir sind demgemäß für eine besonnene Kolonialpolitik, welche die Leistungsfähigkeit des Reiches zu berücksichtigen hat.

Wir wollen, daß der einheimischen deutschen Arbeit ein kräftigerer Schutz zu teil werde. Es sollen auch nicht einzelne Erwerbsgruppen bevorzugt werden; wir verlangen vielmehr einen gleichmäßigen Schutz für alle produktiven Stände.

In diesem Sinne treten wir ebenso entschieden für Handel und Industrie wie für die Interessen der Landwirtschaft ein. Dabei sind wir jedoch der Ansicht, daß die Erhaltung eines freien unabhängigen Handwerker- und Bauernstandes die Grundbedingung für die Erhaltung staatlicher Ordnung und christlicher Gesittung bildet. Wir verlangen demgemäß vor allem kräftigeren Schutz der Mittelstände, insbesondere bessere Berücksichtigung der im letzten Jahrzehnt stiefmütterlich behandelten Landwirtschaft. Wir werden solchen Handels-Verträgen, welche auf Kosten der Landwirtschaft einzelnen Export-Industrien Vorteile zuwenden, niemals unsere Zustimmung geben. Wir werden ferner darauf dringen, daß Handwerk und Kleinhandel kräftiger als bisher gegen großkapitalistische Auswüchse und undeutliche Verletzung von Treu und Glauben im Geschäftsverkehr geschützt werden. Die berufsmäßige Organisation des Handwerks werden wir fördern.

Als einen Hauptfeind des inneren Friedens, der Größe und der Wohlfahrt unseres Vaterlandes betrachten und bekämpfen wir die Sozialdemokratie, deren Führer durch maßlose Verheerung und Aufstellung undurchführbarer Zukunftspläne Unzufriedenheit, Verbitterung und Haß aus säen, gemeinsames vaterländisches Denken und Fühlen vernichten, göttliche und menschliche Autorität in den Staub ziehen und so die Grundlagen eines geordneten Staatswesens und friedlichen Zusammenlebens untergraben. Wir hoffen, daß durch das feste Zusammenhalten der bürgerlichen Parteien und durch Förderung der

sozialen Gesetzgebung des Reichs die irreführten Kreise der Arbeiterschaft im Frieden wieder auf den rechten Weg gebracht werden können, ohne daß man nötig hätte, zur Abwehr der Gefahren besondere gesetzliche Maßregeln anzuwenden.

Die konservative Partei tritt in den Wahlkampf ein mit dem alten bewährten Ruf:

„Mit Gott für König und Vaterland, für Kaiser und Reich!“

Zu diesen Grundsätzen bekennt sich der Kandidat der konservativen Partei und des Bauernbundes im VII. Wahlkreis,

Landtagsabg. Fr. Schrempf aus Stuttgart.

Wir bitten alle Gesinnungsgenossen und Freunde, am 16. Juni kräftig für seine Wahl einzutreten.

Das Wahlkomitee.

D. N. Patent Nr. 91096. **Wollene Lumpen**

werden umgearbeitet u. versandt zu aller Art waschechter Kleiderstoffe, Lodenstoffe, Strickgarne u. s. w. unter billigster Berechnung in der Umarbeitungsfabrik von 30

Albert Bücke, Kalen.

Annahmestelle u. Muster bei Hrn. Adam Waidelich, Hauptstraße 183.

Unterzeichneter empfiehlt in schönster Auswahl

Sessel jeder Art

sowie

Vorhang-Gallerien

unter Zusicherung billiger Berechnung.

Achtungsvollst

Wilhelm Giese,
Schreinermeister.

Summierte, priorisierte

Briefverschlüsse

mit Abbildungen von Hotels, Fabriken, Villen, Portraits etc.

liefert **G. Rieinger, Buchbinder.**

Muster mit Ansichten von Wildbad liegen auf.

Jeden Sonntag frischen

Kuchen

diverse Törtchen, Confect etc.
empfehlen **Bäcker Bechtle.**



Weinhandlung

von

Chr. Kempf

empfehlen ihr großes Lager reingehaltener in- und ausländischer

Weine

in allen Preislagen. Faßweise und von 1 Liter ab.

Durch günstigen Einkauf bin ich in der Lage einen guten Rotwein von 20 Liter ab zu 50 \mathcal{M} abzugeben.

Korinthen

zur Weinbereitung

in schöner Ware empfiehlt.

Christ. Pfalt.

W i l d b a d.

Unterzeichneter empfiehlt sein

**Lager in Spiegeln, Vorhang-
Gallerien, Wiener- und Nuss-
baum-Rohrsessel**

in schönster Auswahl.

Karl Schulmeister,
Schreinermeister.

Den verehrlichen Hausfrauen diene, daß auf keine Art fade Suppen wohlgeschmeckender und kräftiger gemacht werden können, als mit wenigen Tropfen

MAGGI

Zu haben bei

Chr. Brachhold.

Empfehlung

meiner garantiert rein gehaltenen

Weiss- & Rotweinen

verschiedener Jahrgänge; ich gebe solche von 20 Liter an zu billigeren Preisen ab und lege geneigtem Zuspruch entgegen.

Wilh. Großmann
3. gold. Löwen.

Wohnungs-Geuch.

Eine Wohnung bestehend in einem oder 2 Zimmer nebst Zubehör wird für sofort oder später zu mieten gesucht.

Wer? sagt die Redaktionen.

Plakate:

„Zimmer zu vermieten“ und
„Hier wohnen Kurgäste“

sind stets vorrätig in der Buchdruckerei von
Bernh. Hofmann.



Neue

Matjes-Häringe

sind zu haben bei

Chr. Brachhold.

CIGARREN

Nicotin-Arm

empfehlen

Carl Wilh. Bott.

Kaffee

roh u. gebrannt

Carlsbader Casengewürz

empfehlen

G. Lindenberger.

Bringe meine reine

Landweine

rot und weiß, sehr preiswürdig, schon $\frac{1}{4}$ Liter an in empfehlende Erinnerung.

Stuttgarter Flaschenbier-Geschäft

König-Karl-Straße

Gustav Zinser.

Einige tausend alte gute

Biegel

hat billig zu verkaufen.

Wilh. Großmann, 3. gold. Löwen.

L o k a l e s.

Waldbad, den 31. Mai 1898. Am Pfingstfestmorgen unternahm der hiesige Turnverein unter zahlreicher Beteiligung eine Turnfahrt auf die Berge. Das Ziel war der Hohlobberg mit Turm. Der Abmarsch erfolgte mit Musik vom Kurplatz aus über den Sommerberg — Fünf Bäume — Löwenbrücke — Wildsee — Kaltenbronn — Hohlob. Nach der Ankunft auf der Höhe wurde der Turm bestiegen, um einen Blick in die herrlichen Gefilde jenseits des Schwarzwaldes zu werfen. Leider war die Aussicht nicht besonders gut. Man sah wohl einzelne Bergspitzen der Vogesen, sowie verschiedene Türme hervorlugen, das übrige Land und namentlich den Vater Rhein verhüllte ein starker Nebel. Trotzdem ließen sich die Turner nicht aus ihrer fröhlichen Stimmung bringen, sie stimmten mehrere Lieder an und ihre Kapelle ließ verschiedene Stücke erklingen. Sodann erfolgte der Abmarsch nach Kaltenbronn, um sich von den ausgestandenen Strapazen zu erholen und zu erquicken. Hier hielt Herr Turnwart Schmid eine Ansprache, in welcher er — den Dank der Musik mit einfließend — die Wichtigkeit der Turnerei betonte und den Turnern ihre Pflichten auch gegen das Vaterland ans Herz legte. Er schloß mit einem kräftigen „Gut Heil“ der Turnerei und dem Vaterlande. Nachdem noch das Jagdschloß besichtigt war, ging es heimwärts über Spollenhaus zum Windhof, wo noch ein kleines Gartenkonzert veranstaltet wurde. Den Schluß bildete eine gesellige Unterhaltung im Lokal des Vereins, im „Hotel Maish“. Der ganze Ausflug verlief bei schönstem Wetter und ungetrübter Fröhlichkeit und kann daher als ein wohl-gelungener bezeichnet werden.

K u n d s c h a n.

Stuttgart, 27. Mai. Der wegen Vatermords zum Tode verurteilte Goldarbeiter Frausel von Feuerbach hat schon mehrere Fluchtversuche aus dem Gefängnis unternommen, die aber alle mißlungen sind. Die Bestätigung des Todesurteils läßt deshalb noch auf sich warten, weil der König sich vorbehalten hat, die vom Reichsgericht an das Justizministerium zurückgelangten Akten einer eingehenden Prüfung zu unterziehen.

Stuttgart. An der sommerlich gelegenen Kammerz von Gemeinderat Albinger (Rosenbergstraße) sind seit einigen Tagen blühende Klevertrauben zu sehen, eine im Hinblick auf die nicht sonderlich günstige Witterung immerhin beachtenswerte und erfreuliche Erscheinung.

Stuttgart, 28. Mai. Payer nahm die Reichstagskandidatur für Reutlingen-Lüdingen an.

Heilbronn, 31. Mai. (Pfingstgeschenk.) Nachdem das „Salzwerk Heilbronn“ erst im verfloffenen Herbst seine Arbeiter durch eine Gratifikation von ca. 7000 M. und die durch das Hagelwetter geschädigten Arbeiter noch durch eine Extra-Berwilligung von weiteren 2000 M. erfreut hat, kamen am Pfingstsonntag ganz unerwartet und allgemeinen Freude sämtlicher Arbeiter weitere 5800 M. Gratifikation an die ganze Belegschaft zur Verteilung.

Brackenheim, 30. Mai. Am Samstag nachmittag brach in dem an der Straße nach Dürrenzimmern gelegenen Anwesen eines

Tagelöhners Feuer aus. Als die Wöschmannschaften vom Dach aus in eine Kammer drangen, fanden sie den Eigentümer des Anwesens halb verbrannt und mit einer Schnittwunde im Hals tot vor.

Sigmarswangen, 1. Juni. Am Pfingstmontag brachte ein hiesiger Bürger Namens Wolf seine rechte Hand in die Futterschneidmaschine, welche ihm die Finger mit Ausnahme des Daumens und die Hälfte der Handfläche buchstäblich in Fetzen zerschnitt. Die Finger und Handteile lagen gemischt unter dem Futter. — Wähe dieser Unglücksfall ein deutlicher Mahnruf sein, im Umgang mit Maschinen nicht leichtfertig, sondern besonnen und vorsichtig zu sein.

Berlichingen, 27. Mai. (Ertrunken.) Letzten Dienstag spielte das 5 jährige Söhnchen des Israel Metzger von hier mit noch einigen Knaben in der Nähe der hochangeschwollenen Jagst. Da fiel der Knabe in den zum reißenden Strom gewordenen Fluß und ertrank. Der Leichnam wurde in Jagsthausen ans Land getrieben, wo er von den Angehörigen abgeholt wurde.

Calw, 1. Juni. Die Reichstagswahl-sache beginnt in unserem Kreis in ein neues Stadium zu treten. Während vor einigen Tagen verlautete, die Demokratie werde in Ermangelung eines geeigneten Kandidaten sich mit einer Zahlkandidatur begnügen, hört man jetzt, daß Verhandlungen zwischen der deutschen Partei und der Demokratie schweben zur Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten. Diese Anregung soll besonders von der deutschen Partei im Neuenbürger Bezirk betrieben werden. Die hiesigen nationalgesinnten Wähler haben zu der Kompromißkandidatur noch keine Stellung genommen. Der Name des in Aussicht genommenen Kandidaten wird vorerst noch nicht genannt. Ein gemeinsames Bündnis der hiesigen nationalen Wähler mit der Demokratie wird aber stark in Zweifel gezogen.

Von der Zwiefalter Alb, 31. Mai. Einen recht unangenehmen Pfingstbesuch erhielten am letzten Samstag die Gemeinden Eigersfeld und Nischtetten. Eine ca. 60 Köpfe zählende Zigeunerbande kam gegen Abend aus dem Hohenzoller'schen und wollte sich in ersterem Orte ihren Pfingstausenthalt zu recht machen. Was aber geschah! Wie auf Kommando waren die Ortsbewohner einig, ihre Häuser und Thüren zu verriegeln, und es war den unberufenen Gästen trotz aller Bitten nicht möglich, auch um ihr Geld etwas zu bekommen; somit blieb der ganzen Karavane nichts übrig als noch spät nachts unverrichteter Sache weiterzuziehen. Nachahmung wird empfohlen.

Ulm, 1. Juni. Ihre Kaiserl. Hoheit, die Herzogin Wera wird am 10. Juni zur Besichtigung des 19. Ulanen-Regiments, dessen Chef die hohe ist, hierher kommen. Nach der Besichtigung findet Diner im Russischen Hof statt und abends Bankett im Saalbau, bei dem ein von Professor Seuffer verfaßtes Festspiel aufgeführt wird. — Die feierliche Eröffnung des neuen Justizgebäudes findet am 11. Juni statt; der Finanzminister und der Justizminister haben ihr Erscheinen zugesagt. Nach dem Festaktus im Schwurgerichtssaal findet ein Festessen im Saalbau statt, zu dem über 100 Einladungen ergangen sind.

Karlsruhe, 31. Mai. In der Nacht des

2. Pfingstfeiertages suchte aus dem Bruch-saler Zuchthause ein Sträfling zu entfliehen. Er wurde aber von dem Militärposten bemerkt und da er auf mehrmaliges Anrufen nicht antwortete, durch einen Schuß niedergestreckt. Der Tod trat alsbald ein.

Leipzig, 30. Mai. Ein großer Brand in der Franke'schen Pianofortefabrik vernichtete gegen 900 fertige u. halbfertige Instrumente. Der linke Fabrikflügel ist total abgebrannt. Der Schaden beträgt mehrere hunderttausend Mark.

Spandau, 25. Mai. Eine unangenehme Geschichte ist beim 3. brandenburgischen Trainbataillon passiert. Ein Einjähr-Freiwilliger dieser Truppe, der aus Berlin stammt, hatte Urlaub erhalten, war aber nicht wieder zum Bataillon zurückgekehrt. Er wurde aber bald darauf ergriffen und wegen Urlaubsübertretung streng bestraft. Seinem Vater teilte er dann mit, aus welchem Grunde er sich gesehnt hatte, zu seinem Truppenteil zurückzukehren; er sagte, er habe mit seinen Mitteln die an ihn herantretenden Ausgaben, namentlich für Geschenke an Avoncierte, nicht mehr befreiten können. Er machte auch eine Anzahl Unteroffiziere und Wachmeister nachhaft, die Geschenke angenommen und Einjährige, die solche gegeben hätten. Der Vater erstattete hiervon Anzeige an das Kommando, und es sind darauf über 30 Avoncierte und Einjährige mit Arreststrafen von 3 bis 7 Tagen belegt worden.

Bonn, 31. Mai. Als der Rheindampfer „Humboldt“, mit Pfingstausflüglern voll besetzt, gestern abend 6 Uhr in Bonn anlegen wollte, versagte plötzlich die Maschine und das Schiff trieb an das Baugerüst der Rheinbrücke, wo es mit dem Bordteil aufstieß. Die Passagiere wurden durch Dampferboote gerettet.

Luzern, 30. Mai. Mehrere Arbeiter, die heute früh nach dem hiesigen Bahnhofe auf der Gotthardlinie arbeiteten, flüchteten vor einem herankommenden Zuge auf das benachbarte Geleise der Nordostbahn, wo sie von einem plötzlich herankommenden von ihnen nicht beachteten Sonderzug überfahren wurden. 7 Arbeiter wurden sofort getötet, 3 schwer verletzt.

Graz, 28. Mai. Mittels Regierungserlasses ist der hiesige Gemeinderat aufgelöst worden. Statthalter Freiherr v. Hammer Burgstall wurde zum Regierungs-Kommissar und Leiter der Geschäfte der Stadt ernannt. Die städtische Polizei wurde sistiert. Den Ausschichtsdienst versteht die Gendarmerie. Es herrscht große Aufregung. Man besüchdet Exzesse seitens der Bevölkerung.

Fallchurch Virginien, 30. Mai. Der „Standard“ meldet: Präsident Mac Kinley hat vorgestern das II. Armeekorps des Freiwilligenheeres, aus 150 000 Mann bestehend, beschäftigt. Ein beträchtlicher Teil war ohne Waffen, ganze Regimenter ohne Uniform. Auch ließ Richtung und Marschfertigkeit viel zu wünschen übrig. Der Präsident hat dem Kriegsekretär und General Miles gegenüber geäußert, daß die Vorbereitungen zum Feldzug unvollständig seien, zumal er Nachricht habe, daß die Freiwilligen in Tampa und St. Thomas sich in gleicher Verfassung befinden. Der Berichtstatter des „Standard“ fügt hinzu, im Hinblick auf die Besichtigung sei die sofortige Absendung von 20 000 Mann Freiwilliger nach Puerto-Rico unmöglich.

Au die Reichstagswähler Württembergs!

Das Mandat des im Jahre 1893 gewählten Reichstags ist nunmehr erloschen und am 16. Juni werden die Neuwahlen stattfinden.

Der vergangene Reichstag hat seine Thätigkeit beendet, wie er sie begonnen hat: Er begann mit der Annahme der Militärvorlage, die dem 1890 gewählten Reichstag die Auflösung brachte und endete mit der Annahme der ungeheuerlichen Marinevorlage, mit welcher Deutschland seine „Weltpolitik“ einleitete. Diese beiden Beschlüsse allein erfordern ungeheure Mehrausgaben, die zum größten Theil aus den Taschen der arbeitenden Bevölkerung gezogen werden. Wie gegenwärtig die Lasten aufgebracht werden, dafür sprechen unter Anderem folgende Zahlen. Im Jahre 1896 ergaben die Zölle auf Getreide und Hülsenfrüchte 146 Millionen Mark, auf Kaffee und Kaffeesurrogate 52 Millionen Mark, auf ausländischen Tabak 55 Millionen Mark, auf Petroleum 59 Millionen Mark, auf Sieringe 3 400 000 Mark, auf Vieh, Fleisch, Schmalz, Eier, Butter und Margarine 20 1/2 Millionen Mark u. s. w. Weine aller Art trugen nur 15 Millionen Mark ein. Für das laufende Jahr ist die Einnahme angelegt aus der Branntweinsteuer auf 118 Millionen Mark, Salzsteuer 47 Millionen Mark, Zuckersteuer 89 Millionen Mark, inländische Tabaksteuer 12 Millionen Mark, Brauksteuer im norddeutschen Brauereigebiet 29 Millionen Mark u. s. w.

Die Ausführung dieser Einnahmequellen zeigt, daß diese Art der Besteuerung nur bei einer Volksvertretung möglich ist, die in ihrer großen Mehrheit aus **Vertretern der besitzenden Klassen** besteht. Werden aber künftig neue Steuern nötig, so wird man diese abermals auf die arbeitenden Klassen abzuwälzen suchen.

Wie wenig bei den herrschenden Klassen der gute Wille vorhanden ist, die **Grundrechte des Volkes** zu wahren oder zu fördern, zeigt deutlich das am meisten gerühmte Werk des vergangenen Reichstags, das zum Abschluß gebrachte **Bürgerliche Gesetzbuch**. Statt die gehoffte „Einheit des Rechts“ zu bringen, überläßt es große und wichtige Rechtsgebiete der Gesetzgebung der Einzelstaaten; mit welcher veralteten, rückständigen Anschauungen hat man das Recht der Frauen und des Arbeitsvertrags behandelt, und wie hat man sich in Acht genommen, das **Bereins- und Versammlungsrecht**, das für den größten Theil Deutschlands vom Gutdünken der Behörden abhängt, bei dieser Gelegenheit zu bessern! Und wie steht es mit der so lange ersehnten, jetzt endlich geschaffenen „Reform“ und Vereinheitlichung des **Militärstrafverfahrens**? Die Einheit des Rechtes ist hier unter Verzicht auf jede Spur freiheitlichen Geistes geschaffen worden. Die volle Sicherheit für öffentliche Verhandlung, für die Zulassung eines Verteidigers, die Ständigkeit der Gerichte, alles Grundlagen des modernen Rechtes, sind unseren Soldaten vorenthalten worden!

Die **„Sozialreform“**, die in den kaiserlichen Erlassen vom Jahre 1890 so feierlich verkündigt wurde, ist vollständig in Stillstand gekommen; das mächtig gewordene Unternehmertum beherrscht heute die Lage. Das, was in den letzten fünf Jahren auf sozialem Gebiete geschaffen worden ist, beschränkt sich im Wesentlichen auf das neue Handwerkergesetz, das dem Handwerk viele schöne Paragraphen, aber schwerlich neue Kraft zur Konkurrenz mit dem Großbetrieb beschert hat. Für die Arbeiter hat der letzte Reichstag nichts gethan.

Zu guter Letzt hat der Reichstag noch mit der **Annahme der Flottenvorlage** eine That geleistet, die den lebhaftesten Dank des Kaisers gefunden hat, vom Volke aber ganz anders gewürdigt wird. Noch im vorigen Jahre strich der Reichstag zehn Millionen Mark an der für Kriegsschiffneubauten verlangten Summe; bekanntlich wurde dafür der damaligen Mehrheit, zu der auch das Zentrum gehörte, die Bezeichnung „vaterlandslose Gesellen“ zu Theil. In diesem Jahre aber wurden viel größere Summen und gleich **auf sechs Jahre im Voraus** bewilligt! Damit tritt nun das Reich auch auf dem Gebiete der Seemacht in denselben unheilvollen Wettkampf ein, den es mit der Landmacht begonnen hat. Die anderen Großstaaten, die durch ihre Lage und ihre Mittel viel besser dazu im Stande sind, vergrößern nun ebenfalls ihre Kriegsschiffe, und bald wird Deutschland wieder überflügelt sein; dann wird das Reich eben aufs Neue mehr Schiffe und Geld verlangen! Durch den Umfall der Mehrheit des Zentrums ist nun das Bewilligungsrecht des Reichstags auf sechs Jahre preisgegeben und eine neue schwere Belastung des Volkes herbeigeführt worden. Allerdings hat die Regierung versprochen, daß die neuen Flottenausgaben, soweit sie nicht aus den jetzigen Reichseinnahmen gedeckt werden können, nicht durch **Abgaben** auf nothwendige Bedarfsartikel aufgebracht werden sollen. Aber in Bezug auf die **Zölle** hat sich die Regierung **nicht** gebunden, und wir werden es erleben, daß bald durch Erhöhung der Getreidezölle, vielleicht auch durch Erhöhung des Erdöl-, Kaffee- oder Reiszolles, die Reichskasse die Bedarfsartikel der Massen für den Flottenbedarf heranziehen wird! Die Sozialdemokraten haben sich bei den ungenügenden Zusagen der Reichsregierung nicht beruhigt, sondern wiederholt beantragt, daß eine **Reichs-Einkommens- und Vermögenssteuer** eingeführt werde. Undurchführbar!, antworteten Regie-

rungen und Flottenfreunde! Undurchführbar, wie Alles, was an den **Geldbeutel** der besitzenden und herrschenden Klassen größere Anforderungen stellt! Die Schwärmerei „für die Nachstellung des Reiches“, die Begeisterung für große Militär- und Flottenausgaben ist da, aber die Herren Schwärmer wälzen das Bezahlen auf die nicht schwärmende große Masse ab.

Ein anderes Gebiet, das den neuen Reichstag beschäftigen wird, ist der Abschluß neuer Handelsverträge, von welchen unsere industrielle und gewerbliche Entwicklung in hohem Grade beeinflusst wird. Die Sozialdemokratie ist entschiedener Anhänger langjähriger Handelsverträge, um der industriellen Entwicklung eine möglichst sichere Unterlage zu geben. Die Agrarier und ihre Verbündeten sind entschiedene Gegner derselben, und sie finden neuerdings Unterstützung beim Zentrum und den Nationalliberalen, deren Vertreter im Reichstag die gegenwärtigen Brotpreise für nicht zu hoch erklärten und sich weigerten, von der Regierung die zeitweilige Aufhebung der Getreidezölle zu fordern. Sie erstreben in erster Linie hohe Getreide- und Fleischzölle, welche die Lebenshaltung der Bevölkerung vertheuern; sie schwärmen für alle möglichen Sperrmaßregeln und Einfuhrverbote, um den gleichen Zweck, **Vertheuerung der Lebenshaltung der großen Masse, der Arbeiter, der Handwerker, der Kleinbauern, der niederen Beamten** u. s. w., zu erreichen.

Für die Reichskasse ist es freilich angenehm, durch die Getreidezölle eine Einnahmequelle zu haben, die dauernd fließt und wächst, da mit der steigenden Bevölkerung die Einfuhr an Getreide immer zunehmen muß. Auf diese Weise sind immer Riesensummen für Armee und Flotte zur Verfügung. Daraus erklärt es sich denn auch, daß erst in diesen Tagen der Antrag der Sozialdemokraten, wegen der neuerdings so hoch gestiegenen Preise die Getreidezölle wenigstens einstweilen aufzuheben, seitens der Regierung und ihrer Freunde abgelehnt wurde. Selbst die französische Regierung, so sehr auch sie in den Händen der Ausbeuter ist, hat jetzt den Getreidezoll vorübergehend aufgehoben. Unsere deutsche Regierung aber, in ihrem Bestreben, die Reichskasse zu füllen und die Junker nicht zu betrüben, besteht auf dem Zoll;

„theures Brot für das Volk“

ist ihre Parole am Vorabend der Reichstagswahl!

Die Wähler werden darauf antworten!

Daß die Reichsregierung mit solcher Sorgfalt darauf sieht, die seitherigen Einnahmen auch nicht auf einen oder zwei Monate zu entbehren, bestätigt aufs Neue die allgemeine Befürchtung, daß

weitere große Mehrausgaben

in nächster Zeit bevorstehen. Man hat schon angekündigt, daß für die Armee neue Forderungen kommen und die als neues Evangelium verkündigte

Weltpolitik

wird nicht billig werden. Die „Bachtung“ von Kiaotschou hat schon eine Nachtragsrechnung von 5 Millionen Mark erfordert, und sicherlich wird die „gepanzerte Faust“ unseren Taschen am gefährlichsten werden. Und wofür? Zum Besten der deutschen Arbeit, lautet die Antwort. Unser Handel, unsere Industrie sollen neue Absatzgebiete bekommen, unsere Ausfuhr wird steigen, vermehrte Arbeitsgelegenheit, erhöhte Löhne sollen auch dem Arbeiter zu Gute kommen, und den bösen Sozialdemokraten wird beständig gepredigt, wie thöricht sie handeln, daß sie diese herrliche „Weltpolitik“ bekämpfen. Allerdings genügen der deutschen Unternehmerklasse die seither vorhandenen Absatzgebiete nicht mehr und jedenfalls wird ihr der chinesische Markt eine neue Ausdehnung ermöglichen und somit wenigstens zeitweilig auch einen Aufschwung der Arbeiterverhältnisse möglich machen. Um aber diesen Aufschwung auszunützen und einigermaßen für etwas längere Zeit festhalten zu können, muß die deutsche Arbeiterklasse **frei sein, kräftige Vereinigungen** bilden können. Aber gerade das wollen ja die Herren nicht; und in demselben Augenblick, wo der Unternehmerklasse neue Profite in Aussicht gestellt werden, wendet man sich **gegen das Vereinigungsrecht der Arbeiter!**

Während dem Handel und der Industrie vom Reich eine neugefüllte große Schüssel vorgelegt wird, soll dem Arbeiter der Löffel weggenommen werden, mit dem er einen wohlverdienten kleinen Theil für sich herausholen könnte! Der bekannte Erlaß des Staatssekretärs v. Posadowsky zeigt, was die Arbeiterklasse zu erwarten hat. Die geringfügigen Ausschreitungen, welche bei heftigen Lohnkämpfen hier und da vorkamen und von den Gerichten regelmäßig mit unverhältnismäßig hohen Strafen geahndet wurden, sollen den Vorwand abgeben, die Lohnkämpfe der Arbeiter noch mehr zu erschweren! Das ist also der Anfang der Weltpolitik; und wenn unsere Fabrikanten später darauf kommen werden, die billigen Arbeitskräfte der chinesischen Kulis an Ort und Stelle auszunützen, die für China gebrauchten Waaren dort herstellen, oder wenn sie gar die gelben Brüder als Lohnrücker zu uns herüber kommen lassen — dann wird das deutsche Volk gründlich darüber belehrt werden, was die neue „Weltpolitik“ ihm nützt und was sie seinen „Herren“ nützt!

Wenn so die herrschenden Klassen erfolgreich bemüht sind, für ihr Einkommen und Auskommen den Staat sorgen zu lassen und zum Danke

dafür seine Machtmittel, die ja wieder ihnen in erster Linie zu Gute kommen, vermehren, so ist es Pflicht aller anderen Elemente, sich dagegen mit allen Kräften zu wehren. Das arbeitende Volk muß durch seine **Zahl** sein Uebergewicht geltend machen! Ueber **neun Zehntel** unseres Volkes leben von ihrer eigenen Arbeit, nicht von der Ausbeutung Anderer; diese neun Zehntel sollten zusammenstehen, und wenigstens bei der Reichstagswahl können sie dies! Aber wie lange noch? Gerade dieses Reichstagswahlrecht, das allgemeine, gleiche und geheime, haben auch unsere Gegner als eine Macht kennen gelernt, die ihnen entgegengetreten kann, die ihre Machtfälle beschränken kann, sofern das Volk fortschreitet in der Erkenntnis seiner Lage.

Deshalb ist das Wahlrecht in Gefahr!

Allerdings leugnen jetzt **vor der Wahl** die Herren von rechts ihre Feindschaft feierlich ab! Wenn sie aber die Mehrheit haben, wird das allgemeine Wahlrecht abgeschafft und das Klassenwahlrecht an seine Stelle gesetzt. So haben es die sächsischen Konservativen, Nationalliberalen und Fortschrittler gemacht, so werden sie es auch im Reichstag machen, und so wie wir die Reichsregierung kennen, wird sie Ja und Amen dazu sagen! Heißt es doch, und die Nachricht ist ganz glaublich, daß schon eine entsprechende Vorlage in Berlin ausgearbeitet bereit läge! Es fehlt nur noch die entsprechende Mehrheit im Reichstag, und damit sie kommen soll, will man die Wählerschaft blenden mit Erfolgen der auswärtigen Politik, die Dummen noch einmal ködern mit Versprechungen auf kommende herrliche Zeiten, die Stierigen locken mit Schutzzöllen!

Wir hoffen, daß unser Volk auf der Hut sein wird vor seinen Feinden, daß es seine Augen offen hält! Nicht nur seine materielle Wohlfahrt ist aufs Neue den Angriffen der Blünderer ausgesetzt, nicht nur die Arbeiterklasse allein in ihren Rechten bedroht: **alle Reichsbürger miteinander** haben um das einzige politische Recht zu kämpfen, das sie im Reiche haben!

Das Wahlrecht ist bedroht;orget, Ihr Wähler, daß den unsauberen Räuberhänden, die darnach langen, am 16. Juni ein kräftiger Sieb versetzt werde, der sie wenigstens auf fünf Jahre wieder zurückschneidet!

Dabei ist es aber auch notwendig, daß Ihr die Parteien, die sich um eure Gunst bewerben, gründlicher kennen lernt, weniger aus ihren Programmen, als aus ihren Thaten! Was von den Konservativen und Freikonservativen zu erwarten ist, weiß das schwäbische Volk zum Glück recht gut. Es hat bei den Reichstagswahlen im Jahre 1893 und bei den Landtagswahlen von 1895 dies bewiesen; bekanntlich wurde bei beiden Wahlen nur je ein Vertreter dieser Richtungen gewählt. Sie suchen jetzt namentlich auf dem Lande im Verein mit dem „Bund der Landwirthe“ neue Anhänger zu werben. Der schwäbische Bauer wird, wenn er von diesen Parteien hört, sie wollen dem Bauern helfen, daran denken, daß sie es sind, die zu den großen Militärlasten und hohen indirekten Steuern immer am meisten geholfen haben. Wenn die Konservativen davon sprechen, daß sie für den Mittelstand eintreten, so wird sich der Mittelstand erinnern, daß es gerade diese Herren sind, die im Reichstag immer dagegen stimmen, den Volksvertretern **Diäten** zu gewähren! Gerade der Mittelstand wird durch die Verweigerung der Diäten vom Reichstag ferngehalten. Die Reichen brauchen keine Entschädigung und die Armen konnten sich eine Vertretung schaffen durch die Opferwilligkeit der sozialdemokratischen Genossen. Aber der Handwerksmann, der kleine Geschäftsmann, der Bauer kann sich nicht helfen, er ist nicht in der Lage, sein Geschäft monatelang ohne Entschädigung zu verlassen; diese Leute sind unter besonderer Mithilfe ihrer „guten Freunde“ von rechts von der Volksvertretung ausgeschlossen!

Die „**Deutsche Partei**“, die für alle Ausnahmegesetze gegen Katholiken und Arbeiter eintrat und auch jetzt wieder für ein neues Sozialistengesetz zu haben ist, die für alle Armees- und Flottenvorlagen schwärmt und ebenso für die indirekten Steuern, die gegenüber den wirtschaftlichen Fragen jetzt vor der Wahl nicht einmal eine bestimmte Meinung auszusprechen wagt, die erst jetzt wieder in unserem Landtage bei der Frage der Schulzenlebenslänglichkeit dem Volkswillen ins Gesicht schlug, — diese Partei wird wohl nicht daran denken können, das Vertrauen der großen Masse des Volkes wieder zu gewinnen. Alle Bemühungen von Schulzen, Pfarrern, Fabrikanten und sonstigen „Volksfreunden“ werden da vergeblich sein. Nachdem einmal das Volk erkannt hat, daß diese Partei unter der Maske des Deutschtums und des Liberalismus nur bestrebt war, die Sache der Regierungen und der Ausbeuter zu führen, hat die „Deutsche Partei“ gründlich abgewirthschaftet und das Urtheil der Wähler wird ihr dies aufs Neue bestätigen!

Die Lehre, was aus einer Partei wird, die eine trügerische Schacherpolitik zu Ungunsten des Volkes treibt, hätte das **Zentrum** auch beherzigen sollen. Durch den Kulturkampf hervorgerufen, den Niemand scharfer bekämpft hat als die Sozialdemokraten, hat es in letzter Zeit mehr und mehr sich bestrebt, aus einer Kampfpartei Regierungspartei zu werden. Ihren letzten Schritt auf diesem Wege hat die Zentrumsfraktion mit der Annahme des Flottengesetzes gethan. Sie hat dafür ein kaiserliches Lob geerntet, ihr Führer sogar einen Händedruck und der ultramontane Reichstagspräsident einen hohen preussischen Orden. Aber diese „Erfolge“ werden auf die Dauer nicht hindern können, daß den ultramontanen Wählern die Augen geöffnet werden und sie einsehen lernen, wie sehr durch eine solche zweideutige Politik das Volk geschädigt wird! Freilich wird die Zentrumsparthei auch bei den diesmaligen Wahlen alle die großen und kleinen schlechten Mittel anwenden, mit denen sie zu kämpfen pflegt — Beeinflussung durch die Geistlichkeit, strenge Verbote, irgendwelche gegnerische Schriften und Blätter zu lesen, Verhinderung der gegnerischen Versammlungen u. s. w. —, aber all das wird eines Tages nicht mehr helfen. Die katholischen Wähler werden begreifen, daß alles, was die katholische Kirche braucht, die Freiheit ihres Wirkens und ihrer Lehre, ihr durch die sozialdemokratische Partei ebensogut erkämpft und gewahrt werden kann wie durch das Zentrum! Was aber das katholische Volk braucht, ist genau daselbe, was das gesammte deutsche Volk zu fordern hat: Schutz seiner Rechte, Pflege seiner Wohlfahrt in freiheitlich eingerichteten Staatswesen. Dies aber wird eine **zielbewußte, unabhängige** Oppositionspartei sicherer erreichen und festhalten, als eine schwankende Partei, die nach vermeintlicher Regierungsfähigkeit und nach kaiserlichen Günstbezeugungen strebt!

Zum Schluß sei noch der „**Volksparthei**“ gedacht, die mit uns ja in vielen politischen Fragen übereinstimmt. Was sie von uns trennt, ist in erster Linie der Umstand, daß die Volksparthei, obgleich auch sie die schwere Schädigung sieht, welche die Kapitalherrschaft von heute dem Staat und der Gesellschaft zufügt, doch nicht wagt, gleich uns in den Kampf für eine bessere Ordnung einzutreten. Und dieselbe **Salbsheit** spiegelt sich denn auch vielfach in dem ganzen Auftreten der Volksparthei wieder. Wenn wir sehen, daß diese Partei, die laut ihrem Programm gegen die indirekten Steuern sein will, auf unseren Rathhäusern einfach dies Programm in die Tasche steckt und für indirekte Gemeindeabgaben stimmt, daß sie die Getreidezölle ebenso grundsätzlich bekämpft, aber in schwierigen Wahlkreisen sich mit denselben schließlich doch einverstanden erklärt, so müssen wir sagen: das ist nicht die Art der alten, ehrlich und rückhaltlos kämpfenden Demokratie! So konnten wir denn auch in den letzten Jahren zur Genüge sehen und hören, wie die Volksparthei bei Wahlen verschiedener Art sich gegenüber den anderen Parteien verhalten hat. Da hieß es: „Mit der deutschen Partei haben wir mehr Berührungspunkte als mit der sozialdemokratischen, die deutsche Partei **steht uns näher!**“, und danach wurde gehandelt.

Die Wähler Württembergs, soweit sie nicht dem Beruf nach zu den Ausbeutern gehören, haben nur eine Partei, die ihnen nahesteht: **die Sozialdemokratie!**

Nach wie vor wird die Sozialdemokratie im Vordertreffen stehen, wo es gilt, die Staats- und Volksverderber zu bekämpfen! Gestützt auf die frisch emporstrebende Arbeiterklasse, braucht sie nicht Rücksicht zu nehmen auf die feige und feile Schaar der großen und kleinen Profitanbeter! Sie kann und wird ihre ganze Kraft wenden gegen alle Mißstände in Staat und Gesellschaft; wie es ihr seither gelang, alle ihr gelegten Fallstricke zu zerreißen, alle die schmutzigen Waffen der Gegner zu zerbrechen, so wird sie auch die gegenwärtigen schlimmen Pläne der Volksfreunde unschädlich zu machen wissen!

Die Herrschenden von heute wissen wohl, warum sie zu allen Zeiten gegen die Sozialdemokratie hegen und bei jeder Gelegenheit die Blößen und Blinden auffordern, sich zum Kampf gegen diese Partei zu sammeln! Ja wohl, die Sozialdemokratie **untergräbt** unermüdlich die Grundlage, auf der Ausbeutung und Herrschsucht ihre Zwingburgen errichteten — den Unverstand der Massen! Sie bringt Licht in die Köpfe, Muth zum Kämpfen in die Herzen und wird damit der alten Gesellschaft voll Lug und Trug schließlich doch ein Ende machen!

Der 16. Juni wird ein wichtiger Wendepunkt in der Geschichte unseres Volkes sein! Mögen die Wähler Württembergs das hier Gesagte beherzigen, mögen wenigstens Alle, die unter den heutigen Zuständen leiden, wissen, was sie zu thun haben und **sozialdemokratisch wählen!**

Hoch die Sozialdemokratie!

Kandidat der Sozialdemokratie für den 7. Württembergischen Wahlkreis (Calw, Herrenberg, Nagold, Neuenbürg) ist:

Otto Wasner, Handschuhmacher in Stuttgart.

Herausgegeben und verlegt von A. Dietrich in Stuttgart. — Druck von J. G. W. Dietz Nachf. (G. m. b. H.) in Stuttgart.

Bund der Landwirte in Württemberg.

Wahl-Aufruf!

Am 16. Juni steht das deutsche Volk bei der Neuwahl eines Reichstags vor der Entscheidung:

Wollen wir eine Politik treiben, welche die Grundlage eines gesunden Gemeinde- und Staatswesens

die Landwirtschaft und den Mittelstand erhält und befestigt?

oder:

wollen wir nach den unheilvollen Grundsätzen der Demokratie und Sozialdemokratie die Selbständigkeit von tausenden braven Bürgern der zerstörenden Macht des internationalen Großkapitals schutzlos preisgeben?

Mitbürger!

Dies ist die Kernfrage unserer Zeit! Wer behauptet, es handle sich bei den kommenden Reichstagswahlen um Abschaffung des Wahlrechts und dergleichen Dinge, will unser Volk nur irre führen.

Was wir an Volksrechten haben, schätzen wir hoch und wollen wir dieselben erhalten und fördern. Die Einigkeit des deutschen Reiches, seine Macht und Stärke, seinen Einfluß im Rate der Völker, wollen wir wahren gegen äußere und innere Feinde. Als vornehmste Aufgabe des künftigen Reichstags müssen wir jedoch die Wahrung der Interessen der gesamten deutschen Arbeit bezeichnen.

Wir bekämpfen entschieden die Ansicht, daß die schaffenden Stände, die Landwirtschaft, das Gewerbe, der reelle Handel, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer einander feindlich gegenüber stehen müssen. Wir betonen dagegen die Gemeinsamkeit der Interessen des ganzen deutschen Volkes.

Unsere Landwirtschaft, der kleinere wie der größere Bauer, der gewerbliche Mittelstand in Stadt und Land sind zur Zeit in ihren Erverbsverhältnissen am schwersten bedroht. Da diese Stände die Grundlage für eine gedeihliche Entwicklung des deutschen Volkes bilden, so muß es als die dringende Aufgabe des kommenden Reichstags bezeichnet werden, einzutreten für:

Wirksamen Schutz unserer vaterländischen Landwirtschaft gegen die übermäßige Konkurrenz des Auslandes. Entschiedene Maßregeln zur Erhaltung des gesamten, insbesondere auch des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes und für den Schutz aller dieser Stände gegen unlauteren Wettbewerb.

Der Bund der Landwirte hat nachstehende 10 Forderungen aufgestellt. Wir fordern die Wähler in Stadt und Land auf, nur solchen Männern ihre Stimme zu geben, welche sich rückhaltlos zu diesen klaren und gerechten Forderungen bekennen.

1) Schutz der vaterländischen Arbeit aller Stände und Sicherung des deutschen Marktes für die heimische Landwirtschaft und das Gewerbe.

2) Während der Dauer der für die Landwirtschaft so verderblichen Handelsverträge ist dieselbe in dem schweren Kampfe um ihre Existenz auf jede Art zu unterstützen. Insbesondere sind die Meistbegünstigungsverträge zu kündigen, welche thatsächlich unsere Landwirtschaft schädigen.

3) Die deutsche Viehzucht ist gegen die Einschleppung von Seuchen aus dem Auslande nachdrücklich zu schützen. Die Einfuhr von minderwertigem und gesundheitschädlichem Fleische und ebensolcher Fleischwaren aus dem Ausland ist zu verhindern.

4) Dem heimischen Obstbau ist nachdrücklicher Schutz zu gewähren.

5) Bei neuen Handelsverträgen ist das Interesse der Landwirtschaft wirksamer zu wahren als bei den im Jahre 1903 ablaufenden Verträgen. Eine einseitige Förderung des großkapitalistischen Auslandshandels und der Exportindustrie auf Kosten der Landwirtschaft ist zu bekämpfen.

6) Das in den letzten Jahren errungene Börsengesetz mit Verbot des Getreideterminhandels und das Margarinegesetz sind zu erhalten und soweit nötig zu verbessern. Gegen die Verfälschung von Erzeugnissen der Landwirtschaft, insbesondere auch gegen die dem Weingärtnerstande so schädliche Kunstweinfabrikation und Weinverfälschung ist gesetzlicher Schutz zu gewähren.

7) Die mit der Landwirtschaft enge verknüpften Mittelstände, das Mülerei- und Brauereigewerbe, sowie das Handwerk und die angeheffene Kaufmannschaft ist gegen die Aufsaugung durch kapitalistische Großbetriebe und unlauteren Wettbewerb zu schützen.

8) Bei den Arbeiterversicherungsgesetzen sind die Verhältnisse der Landwirtschaft besser zu berücksichtigen.

9) Kraftvolle Geltendmachung der deutschen Interessen gegenüber dem Auslande auf jedem Gebiete.

10) Erhaltung und Ausbau unserer heutigen Staatsordnung auf christlicher und monarchischer Grundlage.

Mitbürger!

Der Ausfall der Reichstagswahlen ist von großer Bedeutung; wie wir wählen, so werden sich unsere Gesetze und Handelsverträge gestalten. Der Wahlzettel ist die Waffe, mit der wir den Kampf führen für Haus, Hof und Werkstätte, für die Heimat und den eigenen Herd.

Jeder muß sein Wahlrecht ausüben, keiner darf in ernstesten Zeiten hinter dem Ofen sitzen bleiben. Zeigen wir, daß nicht Lüge und Verhezung das deutsche Volk beherrschen, sondern daß wir zusammenstehen für die

Einigkeit aller Stände

und daß wir uns leiten lassen von der

Liebe zum Vaterland!

Der Vorstand und Landesauschuß
des Bundes der Landwirte in Württemberg.

Im 7. Reichstagswahlkreis wurde von der konservativen Partei und dem Bauernbund gemeinsam der Herr

Landtagsabgeordnete Fr. Schrempf

aufgestellt, dessen Wahl wir empfehlen.